

18.08.2020

Antrag

der Fraktion der SPD

Vorgaben zur nationalen Diabetesstrategie bleiben hinter den Erwartungen zurück - Volkskrankheit Diabetes mellitus muss endlich entschlossen bekämpft werden!

I. Ausgangslage

Diabetes mellitus ist eine der häufigsten chronischen Erkrankungen in allen Lebensaltern in Deutschland. Dabei ist zu unterscheiden zwischen dem Typ-1-Diabetes einerseits, der durch einen absoluten Insulinmangel charakterisiert ist und sich überwiegend im Kindes- und Jugendalter manifestiert und dem Typ-2-Diabetes, der durch einen relativen Insulinmangel gekennzeichnet ist und der vorwiegend im Erwachsenenalter auftritt (vgl. Heidemann et al. 2013). Neben der Diabeteserkrankung selbst führen die Diabetes-Folgeerkrankungen wie Herzinfarkt, Schlaganfall, Nierenversagen, Erblindung und Fußamputationen zu einer reduzierten Lebenserwartung bei den Betroffenen, einer verminderten Lebensqualität sowie zu hohen Kosten für das Gesundheitssystem. Bundesweit erkranken jährlich mehr als eine halbe Millionen Deutsche neu an Diabetes mellitus. Die Gesamterkrankungsrate von Diabetes mellitus liegt in Nordrhein-Westfalen bei ca. 9,0 bis 9,5 % (Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung in Deutschland). Die Versorgung der Patienten inklusive der Begleit- und Folgeerkrankungen von Diabetes kostet den Staat jährlich mehr als 21 Milliarden Euro. Neben einer genetischen Disposition gehören zu den Risikofaktoren für die Entstehung eines Diabetes Typ-2 vor allem Bewegungsmangel, ungesunde Ernährung und das daraus resultierende Übergewicht.

Auch die Corona-Pandemie zeigt, wie wichtig eine konsequente Prävention, Bekämpfung und Therapie von Diabetes mellitus ist. Während der Krise (Untersuchungszeitraum Mitte März bis Mitte Mai) verdoppelte sich das Risiko für eine Stoffwechsellage bei Diabetes Typ-1 Erkrankten (Journal of the American Medical Association 2020). Den neuesten Erkenntnissen zufolge gilt insbesondere das Vorhandensein eines schlecht eingestellten Diabetes mellitus in Kombination mit einem höheren Alter als Risikofaktor für einen komplikationsträchtigen und mitunter tödlichen Verlauf einer Erkrankung an Covid-19 (Dt. Ärzteblatt 2020).

Diabetes-Verbände fordern schon seit Jahren ein politisches Gesamtkonzept für mehr Diabetesprävention und eine bessere medizinische Versorgung. Es ist unabdingbar, die Behandlung der Diabeteserkrankten zu stärken. Viel zu lange hat Politik diese Herausforderungen vor sich her geschoben und nicht gehandelt. Die SPD-Landtagsfraktion hatte am 18.09.2019 eine Große Anfrage (17/7458) zur Situation der Diabeteserkrankungen in NRW gestellt. Die drei Monate später erfolgte Antwort der Landesregierung (17/8340) darauf hat gezeigt, dass NRW keine Strategie im Umgang mit der Volkskrankheit Diabetes hat. Viele Fragen wurden halbherzig oder schlichtweg nicht beantwortet. Aus Veranstaltungen und

Datum des Originals: 18.08.2020/Ausgegeben: 18.08.2020

Gesprächen aus der Diabetesfachwelt und Betroffenen wurde die Enttäuschung über die Beantwortung der Landesregierung zur Großen Anfrage deutlich.

Sozioökonomische Faktoren wie Bildung, sozialer Status, Lebens- Arbeits- und Umweltbedingungen spielen eine nicht zu außer Acht zu lassende Rolle bei der Manifestation eines Typ-2 Diabetes. In NRW leben die meisten Typ-2-Diabetiker im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in Oberhausen (9,8%), im Kreis Wesel und in Mülheim an der Ruhr (jeweils 9,7%). Es ist unabdingbar, dass der Gesetzgeber mit einer zielgerichteten und ganzheitlichen Diabetesstrategie diesen ungleichen Gesundheitschancen entgegen wirkt.

Am 3. Juli 2020 hat der Bundestag in einem Antrag (19/20619) der Regierungsfractionen Vorgaben für die lang ersehnte „Nationale Diabetesstrategie“ beschlossen. In dem Antrag werden acht Aspekte vorgegeben, die bei der nationalen Diabetesstrategie zu berücksichtigen sind:

1. Diabetes-Bekämpfung als ressortübergreifende Aufgabe wahrnehmen
2. Vorbeugung und Früherkennung von Diabetes mellitus stärken und ausbauen
3. Versorgungsangebote für Diabetes bekanntmachen und weiterentwickeln
4. Zuverlässige Datengrundlage zur Versorgungssituation bei Diabetes mellitus ausbauen
5. Information und Aufklärung bei Diabetes verbessern
6. Diabetesforschung ausbauen
7. Telemedizin in der Diabetes-Versorgung ausbauen
8. Gesunde Ernährung und mehr Bewegung erleichtern

Im Detail soll die Bundesregierung u.a. auf die Bundesärztekammern dahingehend einwirken, dass Adipositas und damit auch die Notwendigkeit einer gesunden Ernährung und ausreichenden Bewegung in der ärztlichen Fort- und Weiterbildung verstärkt berücksichtigt wird. Bei den Ländern soll sie sich für den Ausbau der Lehrstühle an den Universitäten und eine Berücksichtigung in den neuen Studiencurricula einsetzen. Im wichtigen Bereich der Ernährung werden allerdings weiterhin keine verbindlichen Maßnahmen zur Zuckerreduktion in Softdrinks vorgegeben. Die Reduktion von Zucker in Süßgetränken soll lediglich über eine freiwillige Vereinbarung mit der Industrie erreicht werden. Bis Ende 2025 soll so eine Reduzierung des Zuckergehalts in gesüßten Getränken um 15% erzielt werden.

Die Fachwelt hat mit Enttäuschung auf die „Light-Version“ der Diabetesstrategie reagiert. Die Deutsche Diabetes Gesellschaft (DDG) erklärte hierzu, dass bei den besonders problematischen Softdrinks die Diabetesstrategie viel zu vage bleibt. In dem Verhandlungsprozess der Koalitionäre hat die SPD strengere Maßnahmen diesbezüglich befürwortet. Interessen der Lebensmittelindustrie dürfen nicht Vorrang vor wichtigen Strukturveränderungen in der Diabetesversorgung und -prävention bekommen. Ohne verbindliche Angaben zur Zuckerreduktion handelt es sich nicht um eine effektive Strategie zur Bekämpfung von Diabetes. Die im Koalitionsvertrag von CDU/SPD 2018 vereinbarte Umsetzung einer Nationalen Diabetesstrategie bleibt so weit hinter den Erwartungen zurück. Wenn Gewinnmaximierung der Ernährungsmittelindustrie vor das Wohl der Betroffenen gestellt wird, kommt Politik ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nicht nach. Darüber hinaus fehlen Fristen bis wann mögliche Gesetzesvorhaben, die aus den Vorgaben für die nationale Diabetesstrategie folgen sollen, angegangen werden sollen.

Es besteht also dringender Handlungsbedarf, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene. Deswegen sollte sich das Land NRW mit einer Bundesratsinitiative darum bemühen, dass die Vorgaben zur Nationalen Diabetesstrategie überarbeitet werden, damit verbindliche Vorgaben für die Industrie zur Zuckerreduktion ein zentraler Bestandteil der Strategie werden.

II. Der Landtag stellt fest:

- Diabetes mellitus ist eine der häufigsten chronischen Erkrankungen in allen Lebensaltern in Deutschland.
- Neben der Diabeteserkrankung selbst führen die Diabetes-Folgeerkrankungen wie Herzinfarkt, Schlaganfall, Nierenversagen, Erblindung und Fußamputationen zu einer reduzierten Lebenserwartung bei den Betroffenen, einer verminderten Lebensqualität sowie zu hohen Kosten für das Gesundheitssystem.
- Neben einer genetischen Disposition gehören zu den Risikofaktoren für die Entstehung eines Diabetes Typ-2 vor allem Bewegungsmangel, ungesunde Ernährung und das daraus resultierende Übergewicht.
- Sozioökonomische Faktoren wie Bildung, sozialer Status, Lebens- Arbeits- und Umweltbedingungen spielen eine Rolle bei der Manifestation eines Typ-2 Diabetes.
- Am 3. Juli 2020 hat der Bundestag Vorgaben für die lang ersehnte „Nationale Diabetesstrategie“ beschlossen. In dem Antrag werden acht Aspekte vorgegeben, die bei der nationalen Diabetesstrategie zu berücksichtigen sind.
- Im wichtigen Bereich der Ernährung werden weiterhin keine verbindlichen Maßnahmen zur Zuckerreduktion in Softdrinks vorgegeben.
- Die Vorgaben zur nationalen Diabetesstrategie sind zu vage.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

mit einer Bundesratsinitiative anzustoßen, dass die Vorgaben zur nationalen Diabetesstrategie überarbeitet werden, damit verbindliche Richtlinien für die Industrie zur Zuckerreduktion zentraler Bestandteil der Strategie werden.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Lisa-Kristin Kapteinat
Josef Neumann
Angela Lück

und Fraktion